

Staaten- und Beamtenwirtschaft können die Waffen in die Hände gebracht haben; will Spanien fortan keine kolonialistischen Colonialbesitzes sein werden, dann muss es mit dieser Wirtschaft gründlich aufzuräumen und eine auf den erlaubten Grundlagen moderner Entwicklung beruhende Verwaltung einführen, die den eingedorenen Sicherheit gegen Ausbeutung durch ein verlottertes Beamtenheer und eine bente- und herrschsüchtige, von mittelalterlichen Fanatismus erfüllte Kirche, sowie einen weit eingerückten besseren Anteil an der Verwaltung der Inseln gewährt. Unterlässt die liberale Regierung in Madrid solche Reformen, dann ist das Wieder-einstammen des Aufstandes nur eine Frage kurzer Zeit.

### Deutsches Reich.

\* Burgen, 17. December. Die gestern hier zahlreich versammelten ordnungspatriotischen Vertreter aus dem 11. Reichstagwahlkreis haben nach längerer Beratung einstimmig beschlossen, den bisherigen Abgeordneten, Herrn Hauffe-Dahlen (conf.), wieder als Reichstagsabgeordneten einzuführen.

\* Görlitz, 17. December. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Vertretermänner der conservativen Partei und des Bundes der Landwirte A. laut dem "D. Tag.", am 15. I. W. beschlossen worden, für die nächste Reichstagwahl Herren Unterstaatssekretär Raumann-Sitten als Kandidat des 10. Reichstagwahlkreises aufzustellen und die anderen rechts stehenden Parteien und ihre Zustimmung zu dieser Kandidatur zu erhalten. Der Wahlkreis ist zur Zeit durch den Abg. Sachse (conf.) vertreten.

\* Berlin, 17. December. Aus den Verhandlungen der Generalsynode tragen wir eine wichtige Erklärung der preußischen Regierung nach, die durch einen Antrag des Prof. Dr. Warasch hervorgerufen wurde, daburgabend, die Synode batte das deutsche Reich für verpflichtet, die Mittel zur kirchlichen Versorgung der deutschen evangelischen Bevölkerung in Deutsch-Ostafrika, die ganz vorwiegend aus direkt im Dienste des deutschen Reichs stehen, im Colonialinteresse sich dort aufzuhalten Personen bestelle, aufzugeben; sie ersuche daher den evangelischen Oberkirchenrat, die Colonialabteilung unter Hinweis auf den gleichen Vergang in Deutscher-Südwafschafia anzugeben, diese Mittel auf Kosten des Reichs zu übernehmen. Dagegen warnte für Unterstaatssekretär Humbert vom preußischen Staatsministerium und bezeichnete diesen Vortrag als nicht annehmbar. Das deutsche Reich sei weder evangelisch noch katholisch, sondern deutsch-national, die deutsche Reichsverfassung erwähnt des Wortes Kirche oder Konfession gar nicht, das deutsche Reich sei verpflichtungsfähig für solche Aufgaben gar nicht zu sein. Das deutsche Reich würde dann ebenso verpflichtet sein, in Dar es Salaam eine katholische Kirche oder eine Synagoge zu errichten. Bei der Zusammenlegung des Reichstags sei gar keine Aussicht vorhanden, dass ein Antrag im Sinne des Referenten Annahme finden könnte. Werk. Prof. Rath habe, da Walzmann-Götz trat der sozialrechtlichen Aufsicht des Unterstaatssekretärs Humbert bei und betonte, auch er halte das Reich nach der Reichsverfassung nicht für berechtigt zur Errichtung dieser Aufgabe.

\* Die von Hamburg aus angelegte Anab-gebung Industrieller zu Gunsten der Flottenvorlage soll am 13. Januar hier erfolgen.

- Vorbehaltlich der Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses ist von dem engeren Parteidienst für den am 30. Januar kommenden Jahres zu Dresden im evangel. Vereinshaus stattfindenden allgemeinen conservativen Parteitag die folgende Tagesordnung aufgestellt worden:

- 1) Allgemeine Stellung des Partei.
- 2) Sozial- und Wirtschaftspolitik.
- 3) Die bevorstehenden Reichstagwahl.

- Im Laufe des Monats Januar wird nach der "Gef. Blg." hier abermals eine Postkonferenz zusammengetragen.

- Die nach neuen Grundsätzen aufgestellte preußische Arzneiliste für 1898 ist nunmehr sowohl fertig gestellt, dass sie in einigen Tagen erscheinen wird.

- Der Betriebsleiterbüro des "Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeigers" ist für das Rechnungsjahr 1898 auf 201 190 £ veranschlagt, so dass auf die Reichssteuer, welche an diesem Ergebnisse mit der Hälfte partizipiert, 100 590 £ entfallen.

- Nach dem letzten Kraulenversicherungsgesetz sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, die Fürsorge für Verletzte auch innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall zu übernehmen. Von dieser Verpflichtung machen die Berufsgenossenschaften immer mehr Gebrauch. Während im Jahre 1896 dafür 316 334,94 Mark ausgezogen waren, belief sich die gleiche Summe für 1896 schon auf 499 123,83 Mark. Berufsgenossenschaften und Aufsichtsbehörden befürchten damit über das Wohl der gesetzlichen Verpflichtung hinzugetragene Aufwendungen, erleichtern gleichzeitig aber auch die Folgen der Verletzungen auf die Renten-

höhe möglichst. Nach hier füllt das Interesse der Arbeitnehmer mit dem der Berufsgenossenschaften und Aufsichtsbehörden genau zusammen.

- Die Socialdemokraten sind, wie dem "Hannover. Cour." gemeldet wird, mit der Aufstellung der Kandidaten für die nächsten Reichstagwahlkämpfe fast ganz fertig, sie wollen für jeden Wahlkreis einen Kandidaten aufstellen, wobei füllt natürlich zum größten Teil um Wahlkämpfen handelt. Unter den neuen Männern befindet sich eine Zahl Kerze. Der vielseitige Privatdozent Dr. Leo Krone sei ganz als Kandidat fallen gelassen, er sei den Gewerken zu "fünf".

- Prof. Mommens hat nach dem "Berl. T." den ihm zu seinem 80. Geburtstage angebotenen Ehrenring abgelehnt. Die "Nat. Blg." behält diese Nachricht in folgender Form: "Soviel wir wissen, ist es schwer überhaupt nicht gekommen, da sich schon früher ergeben hatte, dass Professor Mommens eine derartige Auszeichnung nicht wünsche."

- Die Disziplinarische gegen den Criminalcommissar von Tauch wird, wie es heißt, am 5. Januar verhandelt werden. Die entscheidende Disziplinarbehörde erster Instanz ist im vorliegenden Falle das Polizeipräsidium. Die Verhandlung, welche im Gebäude des Polizeipräsidiums stattfindet, ist nicht öffentlich.

- Der Reichstagsabgeordnete Dr. Bachem leidet seit einiger Zeit an nervöser Niedergeschlagenheit, er ist daher geneigt, den Reichstag hier zu bleiben.

\* Aiel, 17. December. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Vertretermänner der conservativen Partei und des Bundes der Landwirte A. laut dem "D. Tag.", am 15. I. W. beschlossen worden, für die nächste Reichstagwahl Herren Unterstaatssekretär Raumann-Sitten als Kandidat des 10. Reichstagwahlkreises aufzustellen und die anderen rechts stehenden Parteien und ihre Zustimmung zu dieser Kandidatur zu erhalten. Der Wahlkreis ist zur Zeit durch den Abg. Sachse (conf.) vertreten.

\* Berlin, 17. December. Aus den Verhandlungen der Generalsynode tragen wir eine wichtige Erklärung der preußischen Regierung nach, die durch einen Antrag des Prof. Dr. Warasch hervorgerufen wurde, daburgabend,

die Synode batte das deutsche Reich für verpflichtet, die Mittel zur kirchlichen Versorgung der deutschen evangelischen Bevölkerung in Deutsch-Ostafrika, die ganz vorwiegend

aus direkt im Dienste des deutschen Reichs stehen, im Colonialinteresse sich dort aufzuhalten Personen bestelle, aufzugeben; sie ersuche daher den evangelischen Ober-

kirchenrat, die Colonialabteilung unter Hinweis auf den gleichen Vergang in Deutscher-Südwafschafia anzugeben, diese Mittel auf Kosten des Reichs zu übernehmen. Dagegen warnte für Unterstaatssekretär Humbert vom preußischen Staatsministerium und bezeichnete diesen Vortrag als nicht annehmbar. Das deutsche Reich sei weder evangelisch noch katholisch, sondern deutsch-national, die deutsche Reichsverfassung erwähnt des Wortes Kirche oder Konfession gar nicht, das deutsche Reich sei verpflichtungsfähig für solche Aufgaben gar nicht zu sein. Das deutsche Reich würde dann ebenso verpflichtet sein, in Dar es Salaam eine katholische Kirche oder eine Synagoge zu errichten. Bei der Zusammenlegung des Reichstags sei gar keine Aussicht vorhanden, dass ein Antrag im Sinne des Referenten Annahme finden könnte. Werk. Prof. Rath habe, da Walzmann-Götz trat der sozialrechtlichen Aufsicht des Unterstaatssekretärs Humbert bei und betonte, auch er halte das Reich nach der Reichsverfassung nicht für berechtigt zur Errichtung dieser Aufgabe.

- Die von Hamburg aus angelegte Anab-gebung Industrieller zu Gunsten der Flottenvorlage soll am 13. Januar hier erfolgen.

- Vorbehaltlich der Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses ist von dem engeren Parteidienst für den am 30. Januar kommenden Jahres zu Dresden im evangel. Vereinshaus stattfindenden allgemeinen conservativen Parteitag die folgende Tagesordnung aufgestellt worden:

- 1) Allgemeine Stellung des Partei.
- 2) Sozial- und Wirtschaftspolitik.
- 3) Die bevorstehenden Reichstagwahl.

- Im Laufe des Monats Januar wird nach der "Gef. Blg." hier abermals eine Postkonferenz zusammengetragen.

- Die nach neuen Grundsätzen aufgestellte preußische Arzneiliste für 1898 ist nunmehr sowohl fertig gestellt,

dass sie in einigen Tagen erscheinen wird.

- Der Betriebsleiterbüro des "Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeigers" ist für das Rechnungsjahr 1898 auf 201 190 £ veranschlagt, so dass auf die Reichssteuer, welche an diesem Ergebnisse mit der Hälfte partizipiert, 100 590 £ entfallen.

- Nach dem letzten Kraulenversicherungsgesetz sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, die Fürsorge für Verletzte auch innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall zu übernehmen. Von dieser Verpflichtung machen die Berufsgenossenschaften immer mehr Gebrauch.

Während im Jahre 1896 dafür 316 334,94 Mark ausgezogen waren, belief sich die gleiche Summe für 1896 schon auf 499 123,83 Mark. Berufsgenossenschaften und Aufsichtsbehörden befürchten damit über das Wohl der gesetzlichen Verpflichtung hinzugetragene Aufwendungen, erleichtern gleichzeitig aber auch die Folgen der Verletzungen auf die Renten-

höhe möglichst. Nach hier füllt das Interesse der Arbeitnehmer mit dem der Berufsgenossenschaften und Aufsichtsbehörden genau zusammen.

- Die Socialdemokraten sind, wie dem "Hannover. Cour." gemeldet wird, mit der Aufstellung der Kandidaten für die nächsten Reichstagwahlkämpfe fast ganz fertig, sie wollen für jeden Wahlkreis einen Kandidaten aufstellen, wobei füllt natürlich zum größten Teil um Wahlkämpfen handelt. Unter den neuen Männern befindet sich eine Zahl Kerze. Der vielseitige Privatdozent Dr. Leo Krone sei ganz als Kandidat fallen gelassen, er sei den Gewerken zu "fünf".

- Prof. Mommens hat nach dem "Berl. T." den ihm zu seinem 80. Geburtstage angebotenen Ehrenring abgelehnt. Die "Nat. Blg." behält diese Nachricht in folgender Form: "Soviel wir wissen, ist es schwer überhaupt nicht gekommen, da sich schon früher ergeben hatte, dass Professor Mommens eine derartige Auszeichnung nicht wünsche."

- Die Disziplinarische gegen den Criminalcommissar von Tauch wird, wie es heißt, am 5. Januar verhandelt werden. Die entscheidende Disziplinarbehörde erster Instanz ist im vorliegenden Falle das Polizeipräsidium. Die Verhandlung, welche im Gebäude des Polizeipräsidiums stattfindet, ist nicht öffentlich.

- Der Reichstagsabgeordnete Dr. Bachem leidet seit einiger Zeit an nervöser Niedergeschlagenheit, er ist daher geneigt, den Reichstag hier zu bleiben.

\* Aiel, 17. December. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Vertretermänner der conservativen Partei und des Bundes der Landwirte A. laut dem "D. Tag.", am 15. I. W. beschlossen worden, für die nächste Reichstagwahl Herren Unterstaatssekretär Raumann-Sitten als Kandidat des 10. Reichstagwahlkreises aufzustellen und die anderen rechts stehenden Parteien und ihre Zustimmung zu dieser Kandidatur zu erhalten. Der Wahlkreis ist zur Zeit durch den Abg. Sachse (conf.) vertreten.

\* Berlin, 17. December. Aus den Verhandlungen der Generalsynode tragen wir eine wichtige Erklärung der preußischen Regierung nach, die durch einen Antrag des Prof. Dr. Warasch hervorgerufen wurde, daburgabend,

die Synode batte das deutsche Reich für verpflichtet, die Mittel zur kirchlichen Versorgung der deutschen evangelischen Bevölkerung in Deutsch-Ostafrika, die ganz vorwiegend

aus direkt im Dienste des deutschen Reichs stehen, im Colonialinteresse sich dort aufzuhalten Personen bestelle, aufzugeben; sie ersuche daher den evangelischen Ober-

kirchenrat, die Colonialabteilung unter Hinweis auf den gleichen Vergang in Deutscher-Südwafschafia anzugeben, diese Mittel auf Kosten des Reichs zu übernehmen. Dagegen warnte für Unterstaatssekretär Humbert vom preußischen Staatsministerium und bezeichnete diesen Vortrag als nicht annehmbar. Das deutsche Reich sei weder evangelisch noch katholisch, sondern deutsch-national, die deutsche Reichsverfassung erwähnt des Wortes Kirche oder Konfession gar nicht, das deutsche Reich sei verpflichtungsfähig für solche Aufgaben gar nicht zu sein. Das deutsche Reich würde dann ebenso verpflichtet sein, in Dar es Salaam eine katholische Kirche oder eine Synagoge zu errichten. Bei der Zusammenlegung des Reichstags sei gar keine Aussicht vorhanden, dass ein Antrag im Sinne des Referenten Annahme finden könnte. Werk. Prof. Rath habe, da Walzmann-Götz trat der sozialrechtlichen Aufsicht des Unterstaatssekretärs Humbert bei und betonte, auch er halte das Reich nach der Reichsverfassung nicht für berechtigt zur Errichtung dieser Aufgabe.

- Die von Hamburg aus angelegte Anab-gebung Industrieller zu Gunsten der Flottenvorlage soll am 13. Januar hier erfolgen.

- Vorbehaltlich der Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses ist von dem engeren Parteidienst für den am 30. Januar kommenden Jahres zu Dresden im evangel. Vereinshaus stattfindenden allgemeinen conservativen Parteitag die folgende Tagesordnung aufgestellt worden:

- 1) Allgemeine Stellung des Partei.
- 2) Sozial- und Wirtschaftspolitik.
- 3) Die bevorstehenden Reichstagwahl.

- Im Laufe des Monats Januar wird nach der "Gef. Blg." hier abermals eine Postkonferenz zusammengetragen.

- Die nach neuen Grundsätzen aufgestellte preußische Arzneiliste für 1898 ist nunmehr sowohl fertig gestellt,

dass sie in einigen Tagen erscheinen wird.

- Der Betriebsleiterbüro des "Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeigers" ist für das Rechnungsjahr 1898 auf 201 190 £ veranschlagt, so dass auf die Reichssteuer, welche an diesem Ergebnisse mit der Hälfte partizipiert, 100 590 £ entfallen.

- Nach dem letzten Kraulenversicherungsgesetz sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, die Fürsorge für Verletzte auch innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall zu übernehmen. Von dieser Verpflichtung machen die Berufsgenossenschaften immer mehr Gebrauch.

Während im Jahre 1896 dafür 316 334,94 Mark ausgezogen waren, belief sich die gleiche Summe für 1896 schon auf 499 123,83 Mark. Berufsgenossenschaften und Aufsichtsbehörden befürchten damit über das Wohl der gesetzlichen Verpflichtung hinzugetragene Aufwendungen, erleichtern gleichzeitig aber auch die Folgen der Verletzungen auf die Renten-

höhe möglichst. Nach hier füllt das Interesse der Arbeitnehmer mit dem der Berufsgenossenschaften und Aufsichtsbehörden genau zusammen.

- Die Socialdemokraten sind, wie dem "Hannover. Cour." gemeldet wird, mit der Aufstellung der Kandidaten für die nächsten Reichstagwahlkämpfe fast ganz fertig, sie wollen für jeden Wahlkreis einen Kandidaten aufstellen, wobei füllt natürlich zum größten Teil um Wahlkämpfen handelt. Unter den neuen Männern befindet sich eine Zahl Kerze. Der vielseitige Privatdozent Dr. Leo Krone sei ganz als Kandidat fallen gelassen, er sei den Gewerken zu "fünf".

- Prof. Mommens hat nach dem "Berl. T." den ihm zu seinem 80. Geburtstage angebotenen Ehrenring abgelehnt. Die "Nat. Blg." behält diese Nachricht in folgender Form: "Soviel wir wissen, ist es schwer überhaupt nicht gekommen, da sich schon früher ergeben hatte, dass Professor Mommens eine derartige Auszeichnung nicht wünsche."

- Die Disziplinarische gegen den Criminalcommissar von Tauch wird, wie es heißt, am 5. Januar verhandelt werden. Die entscheidende Disziplinarbehörde erster Instanz ist im vorliegenden Falle das Polizeipräsidium. Die Verhandlung, welche im Gebäude des Polizeipräsidiums stattfindet, ist nicht öffentlich.

\* Aiel, 17. December. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Vertretermänner der conservativen Partei und des Bundes der Landwirte A. laut dem "D. Tag.", am 15. I. W. beschlossen worden, für die nächste Reichstagwahl Herren Unterstaatssekretär Raumann-Sitten als Kandidat des 10. Reichstagwahlkreises aufzustellen und die anderen rechts stehenden Parteien und ihre Zustimmung zu dieser Kandidatur zu erhalten. Der Wahlkreis ist zur Zeit durch den Abg. Sachse (conf.) vertreten.

\* Berlin, 17. December. Aus den Verhandlungen der Generalsynode tragen wir eine wichtige Erklärung der preußischen Regierung nach, die durch einen Antrag des Prof. Dr. Warasch hervorgerufen wurde, daburgabend,

die Synode batte das deutsche Reich für verpflichtet, die Mittel zur kirchlichen Versorgung der deutschen evangelischen Bevölkerung in Deutsch-Ostafrika, die ganz vorwiegend

aus direkt im Dienste des deutschen Reichs stehen, im Colonialinteresse sich dort aufzuhalten Personen bestelle, aufzugeben; sie ersuche daher den evangelischen Ober-

kirchenrat, die Colonialabteilung unter Hinweis auf den gleichen Vergang in Deutscher-Südwafschafia anzugeben, diese Mittel auf Kosten des Reichs zu übernehmen. Dagegen warnte für Unterstaatssekretär Humbert vom preußischen Staatsministerium und bezeichnete diesen Vortrag als nicht annehmbar. Das deutsche Reich sei weder evangelisch noch katholisch, sondern deutsch-national, die deutsche Reichsverfassung erwähnt des Wortes Kirche oder Konfession gar nicht, das deutsche Reich sei verpflichtungsfähig für solche Aufgaben gar nicht zu sein. Das deutsche Reich würde dann ebenso verpflichtet sein, in Dar es Salaam eine katholische Kirche oder eine Synagoge zu errichten. Bei der Zusammenlegung des Reichstags sei gar keine Aussicht vorhanden, dass ein Antrag im Sinne des Referenten Annahme finden könnte. Werk. Prof. Rath habe, da Walzmann-Götz trat der sozialrechtlichen Aufsicht des Unterstaatssekretärs Humbert bei und betonte, auch er halte das Reich nach der Reichsverfassung nicht für berechtigt zur Errichtung dieser Aufgabe.

- Die von Hamburg aus angelegte Anab-gebung Industrieller zu Gunsten der Flottenvorlage soll am 13. Januar hier erfolgen.

- Vorbehaltlich der Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses ist von dem engeren Parteidienst für den am 30. Januar kommenden Jahres zu Dresden im evangel. Vereinshaus stattfindenden allgemeinen conservativen Parteitag die folgende Tagesordnung aufgestellt worden:

- 1) Allgemeine Stellung des Partei.
- 2) Sozial- und Wirtschaftspolitik.
- 3) Die bevorstehenden Reichstagwahl.

- Im Laufe des Monats Januar wird nach der "Gef. Blg." hier abermals eine Postkonferenz zusammengetragen.

- Die nach neuen Grundsätzen aufgestellte preußische Arzneiliste für 1898 ist nunmehr sowohl fertig gestellt,

dass sie in einigen Tagen erscheinen wird.

- Der Betriebsleiterbüro des "Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeigers" ist für das Rechnungsjahr 1898 auf 201 190 £ veranschlagt, so dass auf die Reichssteuer, welche an diesem Ergebnisse mit der Hälfte partizipiert, 100 590 £ entfallen.

- Nach dem letzten Kraulenversicherungsgesetz sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, die Fürsorge für Verletzte auch innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall zu übernehmen. Von dieser Verpflichtung machen die Berufsgenossenschaften immer mehr Gebrauch.

Während im Jahre 1896 dafür 316 334,94 Mark ausgezogen waren, belief sich die gleiche Summe für 1896 schon auf 499 123